



Presseinformation

Nr. 289/2002

Kiel, Mittwoch, 9. Oktober 2002

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Kinder- und Jugendpolitik

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Heiner Garg: Wir brauchen eine Bestandsaufnahme über die Lebenssituation der Kinder- und Jugendlichen in Schleswig-Holstein

In seinem Redebeitrag zu **TOP 11** (Große Anfrage zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein) sagte der jugendpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Die Situation von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein war bereits öfter der Gegenstand von Landtagsdebatten.

Auch, wenn die heute vorliegende abgefragte Datensammlung wichtig und notwendig sein mag: Bei den bisher gestellten Einzelanträgen und Anfragen

zur Kinder- und Jugendhilfe (z.B. 15/606, 15/567, 15/824),

Heimunterbringung (z.B. 15/2010, 15/1748),

Förderung der Sprachkompetenz ausländischer Kinder (15/973),

Kindertagesstättenförderung (z.B. 15/1688, 15/1991, 15/2144)

Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und Horten (z.B. 15/828, 15/932, 15/2037)

muss sich die CDU schon fragen lassen warum sie erst diese Einzelinitiativen startet und dann hinterher Fragen in einer Großen Anfrage dazu stellt.

Entweder, man weiß, wie es um die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein bestellt ist - und startet einzelne Initiativen zur Verbesserung, wie z.B. zur Förderung von Kindertagesstätten und zum Familiengeld – oder, man weiß es nicht und stellt Fragen als Grundlage, um dann gemeinsam mit den anderen oder alleine entsprechende Instrumentarien zu Verbesserung der Lebenssituation vorzuschlagen.

Es mag politisch Sinn machen, so vorzugehen – ob es der tatsächlichen Verbesserung dient, bezweifle ich.

Wenn tatsächlich politische Veränderungen gewollt sind, dann passt das nicht zusammen. So wirkt es vielmehr aufgesetzt, wenn im Nachhinein zu diesen Initiativen Daten abgefragt werden.

Hier sind ganz viele „W“-Fragen fleißig aufgeschrieben worden.

Ebenso fleißig wurde versucht, diese zu beantworten, soweit dies mit dem vorhandenen Datenmaterial möglich war.

Bei allem Verständnis für die enervierende Beantwortung der „W-Fragen“, die Ihnen gestellt worden sind, empfinde ich den lapidaren Satz mit dem Verweis auf eine Internet-Seite auf die konkrete Nachfrage zur Integration von Migrantinnen und Migranten (Frage B 5 auf Seite 14) unhöflich.

Was wir brauchen, ist eine Bestandsaufnahme über die Lebenssituation der Kinder- und Jugendlichen in Schleswig-Holstein. Aus dieser Bestandsaufnahme analysiert und diskutiert jeder das, was richtig und was falsch gelaufen ist. Dann debattiert man möglicherweise wieder strittig über Lösungen, wie die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen verbessert werden kann.

Sie machen es sich zu einfach, Frau Ministerin Lütkes, wenn Sie öffentlich zur Lösung des Problems über eine Grundsicherung und deren Finanzierung durch eine Änderung des Ehegattensplittings spekulieren, anstatt mit dem Vorhandenen eine Lösung zu finden.

Denn angesichts leerer Kassen und immer enger werdenden Haushaltsspielräumen in der Gestaltung der Kinder- und Jugendpolitik müssen wir Schwerpunkte in Schleswig-Holstein setzen.

Wenn wir eine Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen wollen, dann sollten wir darüber nachdenken, ob es nicht ein sinnvoller Beitrag ist, die Förderung der Tagesmütterausbildung wieder einzuführen, um die Situation von Kindern neben den Angeboten in Kindergärten zu verbessern.

Darüber hinaus sollten wir – auch im Sinne der Integration von Migranten- und Aussiedlerkindern – darüber diskutieren, wie das Bildungsangebot bereits im Kindergartenalter verbessert werden kann.

Wenn aber Bildungsdefizite in den ersten fünf Lebensjahren ausgemacht worden sind, dann muss, wenn ein bildungspolitischer Schwerpunkt auf Kindertagesstätten und Kindergärten gelegt werden soll, auch über eine verstärkte finanzielle Förderung und eine Verbesserung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern diskutiert werden.

Denn für die vorschulische Ausbildung benötigen wir pädagogische Profis.

Gleichzeitig ist beim Ausbau der Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen, sei es durch verbesserte Öffnungszeiten oder verlässliche Schulzeiten und Freizeitangebote, auch notwendig, das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit intensiver zu fördern.

Die Antwort auf die Große Anfrage belegt deutlich, dass Verbesserungen bei der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen notwendig und möglich sind, wenn wir das vielzitierte Motto „Kinderfreundliches Schleswig-Holstein“ nicht zu einer Sprechblase verkommen lassen wollen.“